

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 124.

Sonnabend, den 27. Mai 1916.

23. Jahrg.

Der italienische Krieg.

Von Richard Gädde.

Der italienische Ministerrat hat beschlossen, von der anfänglich geplanten Feier des Jahrestages der Kriegserklärung abzusehen in Anbetracht der inzwischen eingetretenen Umstände. Es war ja ohnehin ein besonderer Geschmack, den Jahrestag einer Kriegserklärung durch Reden verherrlichen zu wollen, der so viel blutige Grauel in seinem Gefolge, so viel Opfer besten Menschenlebens gefordert, so viel Wohlstand vernichtet hat und dessen Ende noch unabsehbar ist. Man feiert sonst wohl glückliche Friedensschlüsse, man schließt wie in Rom den Tempel des Janus mit besonderen Festlichkeiten — und Rom wußte doch wahrhaftig, was Kriegsführen bedeutet —, aber es ist wohl noch niemals dagewesen, daß ein Volk noch mitten im verwüstenden Kriege den Tag verherrlicht, an dem es sich freiwillig entschlossen hatte, ohne dringenden Grund an ihm teilzunehmen. Schon diese Absicht allein müßte abstoßend auf jedes sittliche Gefühl wirken, wenn man den italienischen Staatsmännern nicht den Milderungsgrund zugestünde, daß es galt, das eigene böse Gewissen durch lärmende Kundgebungen zu betäuben und durch das Gift der Rede wie den Jubel der Gasse das Feuer der Kriegsbegeisterung — le feu sacré de la patrie — von neuem zu schüren, das im Grunde in seinen breiten Schichten nie vorhanden gewesen ist. Es galt, das Volk darüber hinwegzutäuschen, daß das verfloßene Jahr ihm wahrlich keine kriegerischen Lorbeeren gebracht, es militärisch und politisch den Zielen nicht genähert hatte, die man ihm mit soviel rechnerischem Schwünge in Aussicht gestellt hatte. Im Gegenteil, das ganze erste Jahr des Krieges war ein Jahr ununterbrochener, von Monat zu Monat wachsender Enttäuschung gewesen.

Als man am 23. Mai 1915 dem langjährigen Bundesgenossen die Kriegserklärung überlieferte, mochte man wohl hoffen, gerade der allergünstigsten Augenblick gewählt zu haben und durch den Beitritt Italiens den Stoß ins Herz, zunächst Oesterreich-Ungarns, in weiterer Folge aber auch Deutschlands führen zu können. Tatsächlich war der allergünstigste militärische Moment allerdings bereits verstrichen — er wäre das Ende des März gewesen; die schlauen Politiker haben sich acht Wochen zu lange hinhalten lassen. In ihrem Interesse hätte es gelegen einzugreifen, solange die Karpathenberge des Großfürsten noch nicht geplatzt waren. Am 23. Mai hatte bereits die siegreiche Offensive der Verbündeten eingesetzt und zu glänzenden Ergebnissen, zur Zertrümmerung zweier russischer Heere geführt.

Immerhin mochte man hoffen, ihren weiteren Fortschritt im Osten sofort hemmen, die großen Angriffe der Franko-Engländer im Westen tatkräftig unterstützen, selbst aber einen raschen Siegeszug gegen Wien antreten und dort im Verein mit Serben, Rumänen und Russen einen Frieden von überwältigender Großartigkeit erzwingen zu können.

Man hatte sich in der Stärke und Entschlossenheit der Gegner, vor allen Dingen aber in der eigenen Bereitschaft empfindlich getäuscht. Der Staat, der seinen Verrat zehn Monate hindurch vorbereitet und durch Gesetze wie durch Verwaltungsmaßnahmen sein zurückgebliebenes Heerwesen zu kräftigen und zu vermehren gesucht hatte, war tatsächlich nicht imstande, alsbald mit der Kriegserklärung überwältigende Massen an seiner Ostfront entwickeln zu können. Er ließ dem Gegner Zeit, die geringen, aus Vorhats an der italienischen Grenze belassenen Kräfte zu verstärken und durch Befestigungen einigermaßen zu sichern. Kleine Vorstöße seiner Vortruppen brachen sich überall an dem Widerstande der Oesterreicher und Ungarn, die die äußeren Grenzbezirke freiwillig geräumt hatten. Erst 5 Wochen nach der Kriegserklärung erfolgte der erste große Angriff gegen die Sonzofront und auch er noch nicht mit gesamer Kraft. Die gegen die Verbindungslinien des italienischen Heeres weit vordringende Lage Südtirols, die im Beginn eines überfallartig begonnenen Krieges wenig bedenklich gewesen wäre, machte es später und je länger je mehr notwendig, verhältnismäßig starke Streitkräfte mit einer Nebenoffensive in jener Richtung zu betrauen, die dem Kampfe in der allein entscheidenden Richtung entzogen werden mußten. Von der überlegenen Tüchtigkeit der österreichisch-ungarischen Truppen wurde der erste Angriff am 5. Juli, der zweite am 18. Juli beginnende am 10. August unter blutigen Verlusten abgewiesen.

Inzwischen war die Offensive Joffres im Westen überall gescheitert, während der gewaltige Angriff der verbündeten Heere gegen Polen und Litauen bereits zu ungeahnten Erfolgen der Mittelmächte geführt hatte. Das Eingreifen Italiens in den Weltkrieg hatte nach keiner Richtung hin die große Wirkung gehabt, die man drei Monate vorher bei unseren Gegnern erhofft hatte. Es war eine große Enttäuschung gewesen und hatte im wesentlichen nur die Hinauszögerung der endgültigen Entscheidung zur Folge gehabt. Die italienische Armee war zunächst derart geschwächt, daß sie die neue Offensive der Franzosen und Engländer im Westen vom 25. September ab, die der Russen unter Zwanzow

gegen Boshynien und Ostgalizien rechtzeitig nicht unterstützen konnte, sondern ihren dritten Angriff gegen die Sonzofront erst am 18. Oktober begann. Am 31. war auch er unter dem Verluste von 150 000 Mann gescheitert, und dem am 10. November einsetzenden vierten Angriffe blühte kein besseres Schicksal. Am 8. Dezember wurde auch er abgebrochen, nachdem die fruchtlosen Stürme die Heere Cadornas abermals um 7000 Mann geschwächt hatten. Man begreift, daß der italienische Feldherr sich mit zäher Beharrlichkeit weigerte, irgendwelche Truppen, sei es nach dem Westen, sei es nach Gallipoli und später nach Saloniki abzugeben. Er ließ gelassen zu, wie Serbien vernichtet wurde und wie die Engländer und Franzosen aus Gallipoli sieglos und ruhmlos abzogen. Nur mit Mühe setzte das Ministerium es durch, daß zur Behauptung Valonas eine stärkere Macht über das Adriatische Meer entsandt wurde. Nachdem die große Widerstandskraft der Mittelmächte in überzeugenden Schlägen klargemacht worden war, fürchtete Cadorna mit Recht den Gegenstoß unserer österreichisch-ungarischen Freunde mit um so größerer Berechtigung, als auch alle seine Versuche, gegen die Tiroler und Kärntner Front nur zu ganz geringfügigen Erfolgen geführt und ihre befestigte Front nirgends angetastet hatten. Doch raffte er sich am 9. März nochmals zu einem Angriff gegen die Sonzofront auf, nachdem die Oesterreicher dort bereits begonnen hatten, ihre Stellungen durch glückliche Stöße zu erweitern. Auch dieser Versuch scheiterte bereits am 16. März, noch ehe die russische Offensive gegen Hindenburg an der Düna und gegen Wilna blutig zusammengebrochen war. Ob er hoffte, die deutsche Offensive in der Maasgegend aufzuhalten, die am 21. Februar mit gewaltiger Kraft losgebrochen war, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls wäre es dann eine neue Enttäuschung gewesen. Die „einheitliche Front“ unserer Gegner kam nicht zustande, mit wie heißem Bemühen sie danach strebten. Es lagen da-

für innere Gründe vor; die Hauptsache aber blieb, daß die beiden Mittelmächte sich das stolze Vorrecht der Vorhand nicht nehmen ließen. Indem sie die Gunst ihrer zentralen Lage entschlossen ausnützten, gelang es ihnen dauernd, den getrennten Gegnern das Geseh des Handelns aufzuzwingen. Nachdem Franzosen und Engländer, Russen und Serben sich dem hatten beugen müssen, kam am Ende ihres ersten Kriegsjahres auch für die Italiener diese Stunde der Erkenntnis. Das, was ihr Feldherr lange befürchtet und doch rechtzeitig nicht zu bekämpfen gemußt hatte, trat ein: verstärkt, brachen die Armeekorps unserer Verbündeten an der Südoeste Tirols, zwischen Eisach und Brenta, am 15. Mai los und waren in schwierigstem Gelände die Scharen Cadornas auf einer 55 Kilometer langen Front im unwiderstehlichen Ansturm zurück. Die letzten acht Tage werden für immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der österreichisch-ungarischen Armee sein. Was dem Italiener in zwölf Monaten nicht gegliückt war, erreichten sie in einem ununterbrochenen Ansturm von sieben Tagen: die Durchbrechung der ersten und zweiten Verteidigungslinie, das Vordringen bis in die Stellungen der schmerzlichen Geschütze, die Erfürmung starker, durch ständige Werke geschützter Gebirgssperren, während noch der Schnee die Gipfel bedeckte, um die gekämpft wurde. Das bisherige Ergebnis des Angriffes waren 24 000 Gefangene und 172 Geschütze, eine sehr große Beute und ein herber Verlust für die Italiener. (Inzwischen sind diese Zahlen bedeutend überschritten, Red.) Bisher riefen ihre Freunde dringend nach ihrer Hilfe, jetzt wenden sie selbst sich bereits suchend um, wer ihnen Unterstützung leisten möchte. Aber Joffre hat selbst keine Kräfte bis zum äußersten angepannt, und die Engländer? Wenn die helfen könnten oder wollten, wäre Joffre noch immer der Nächste dazu.

Das ist denn reichlich kein Zeitpunkt, um Feste zu feiern, sondern um Einkehr zu halten.

Von den Kriegsschauplätzen.

Auf der Westfront wurden die deutschen Stellungen an beiden Seiten der Maas erweitert. In Südtirol erzielten unsere Bundesgenossen, wie wir gestern abend bereits durch Aushang bekannt gaben, neue bedeutende Erfolge. Die Operationen schreiten hier sehr gut und für die Angreifer außerordentlich günstig vorwärts. Immer tiefer dringen letztere hier in feindliches Gebiet ein.

Die „Agencia Stefani“ gibt eine Schilderung des ersten Abschnittes der österreichisch-ungarischen Offensive, in der es heißt: Unsere Infanterie leistete den feindlichen, zum Ansturm vorgeworfenen Infanteriemassen zwischen der Eisach und Brenta, besonders aber zwischen dem Terragnolo-Tale und Hoch-Altico hartnäckigen Widerstand. Um der Wirkung der feindlichen Beschießung zu entgehen, zogen sich aber unsere Truppen nach und nach auf ihre rückwärts liegenden Verteidigungslinien zurück. Hätten sie sich zur Verteidigung verhalten und die vorgeschobenen Stellungen behauptet, so hätte man zwar eine tapfere Tat vollbracht, aber sehr schwere und unnötige Opfer gebracht. Die Kommandanten zogen sich deshalb auf verschobenen Abschnitten nach den Hauptwiderstandslinien zurück. In einem Frontabschnitt, worin der Feind seine Hauptanstrengung machte, nämlich auf dem Tonnegza-Plateau, zwang uns die Beschaffenheit des Geländes, unsere Hauptverteidigungslinie auf den Monte Torro und den Campomolon zu legen, weil hinter diesen Höhen das Gelände jäh in die Täler abfällt. Diese Linie war aber nur vier bis sieben Kilometer von den feindlichen Batterien entfernt. Diese äußerste, unvermeidliche Nähe veranlaßte uns, in diesem Abschnitt auf die Hauptverteidigungslinie zu verzichten und die Verteidigung zurückzulegen. Natürlich kostete die Zurücknahme unserer Truppen Verluste an Menschen und Geschützen, da sie in rauhem, abhülligem Gelände ausgeführt werden mußte.

In England sind durch eine königliche Botschaft alle diensttauglichen Männer zwischen 18 und 41 Jahren unter die Waffen gerufen worden. Erbaut werden sie hieron sicherlich nicht sein. Henderson, auch ein „Führer“ der englischen Arbeiter und jetzt Minister von Königs Gnaden, wandte sich in einer Rede vor einer Versammlung der Schiffbau-gemeinschaften zu Aberdeen gegen die Friedensgerüche. Seine innerste Überzeugung sei, daß nach Frieden geschrieben werde, obgleich ein Frieden noch nicht möglich sei. Alle Friedensgerüchte und Ratschläge seien irreführend, wertlos und sogar gefährlich. Wenn England vor 22 Monaten die Wahl gehabt hätte zwischen Ehre und Schande, so läge heute die Wahl zwischen ehrenhaften Bedingungen bei einem vorzeitigen Frieden, und dem Zusammenrasen aller Hilfsquellen des großen britischen Reichs zur Erlangung des Endsieges. Der letzte erscheine

ihm als der einzig richtige Weg. Aus den Berichten der Blätter ist zu erkennen, daß diese Ausführungen keine neue Idee zum ersten Mal fanden. Die Arbeiter sind eben vernünftiger als der „Arbeiter-Minister“.

Das geht auch schon daraus hervor, daß in Schottland am 1. Mai außerordentlich imposante Friedensdemonstrationen stattgefunden haben, daß sich ferner unter Mitwirkung der Unabhängigen Arbeiterpartei in London ein „Komitee zugunsten von Friedensverhandlungen“ konstituierte und folgende Adresse ausgearbeitet hat:

„Der Unterzeichnete fordert S. M. Regierung dringend auf, die erste Gelegenheit zur Eröffnung von Verhandlungen über einen gerechten und dauernden Frieden zu ergreifen.“

Die dem Komitee angeschlossenen Organisationen werden in der nächsten Zeit daran gehen, Unterschriften zu sammeln, u. a. auch mittels Hausbesuchen. Der „Labour Leader“ bemerkt dazu: „Wir glauben, das Ergebnis wird überraschend sein, denn die öffentliche Meinung wechselt rasch zu unseren Gunsten.“

Der Sonderberichterstatter der „Münchener Zeitung“ hatte mit dem Botschafter Gerard eine Unterredung, in welcher der Botschafter Mitteilung über Deutschlands Verhältnis zu Amerika und die Lösung des Weltkrieges machte. Der Botschafter führte aus, die letzte Note Wilsons habe nochmals klar und unzweideutig darauf hingewiesen, daß es der Wunsch und die Absicht seiner Regierung sei, im Geiste des Friedens und der Freundschaft mit Deutschland zu verkehren. Er möchte ausdrücklich erklären, daß alle Zweifel an dem guten Willen des Präsidenten von falschen Voraussetzungen und von der Verkenning der amerikanischen Politik ausgingen. Eine verhängnisvolle Rolle bei dem Noten-austausch habe der Mangel an einer zuverlässigen und schnellen Berichterstattung gespielt. Die Krisis sei jetzt glücklich überwunden. Die Festigung unserer guten Beziehungen zu Deutschland sei einer der wichtigsten Faktoren bei der diplomatischen Situation. Amerika brauche dringend den Frieden. Der Botschafter erklärte weiter, er sei sehr optimistisch in bezug auf die Fortschritte, die der Friedensgedanke auch bei den kriegführenden Mächten zeigen wird. Die ungeheuren Worte des Reichskanzlers über die deutsche Friedensbereitschaft hätten vielleicht ihre stärkste Wirkung in Amerika gehabt. Am Schluß erklärt Gerard, nichts könne ihn wankend machen in der Zuversicht, daß der Frieden schon unterwegs sei.

Im Anschluß an ein Eingekandt, das Friedensvermittlungen der holländischen Regierung anregt, schreibt die holländische Zeitung „Nieuws van den Dag“:

land Dr. Dahns, Kommerzienrat Dr.-Ing. Kersch-Oberhausen, Generalsekretär Stegerwoll-Köln, Kommerzienrat Generalmajor Manasse-Stettin und endlich Herr Dr. August Müller-Hamburg. Außer diesen Herren, die den Vorstand bilden, wird dem Kriegsernährungsamt eine Reihe Referenten für die Bearbeitung des laufenden Geschäfts, sowie ein Beirat beigeordnet werden, wie dies in der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Errichtung des neuen Amtes vorgegeben ist. Die ernannten Vorstandsmitglieder hielten eine vorläufige Besprechung ab. Das Kriegsernährungsamt wird die Geschäfte am kommenden Montag aufnehmen. (W.Z.)

Der preussische Landtag

will seine Sitzungen nunmehr auch, sich dem Reichstage anschließend, vor Pfingsten beenden und sich dann bis November vertagen. Das Herrenhaus hatte die nächste Sitzung auf den 20. Juni angesetzt, hat aber nunmehr, um die Vertagung zu ermöglichen, die Sitzung auf den 8. Juni, also vor Pfingsten verlegt. Die in den Kommissionen befindlichen Gesetze sollen im Herbst erledigt werden.

Amerika.

Unruhen in einem brasilianischen Küstenstaat. In Viktoria, der Hauptstadt des Staates Espirito Santo, brachen Unruhen aus, zusammenhängend mit der Wahl des neuen Staatspräsidenten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 27. Mai.

Die Waisenaussteuer in der Hinterbliebenenversicherung. Die Reichsversicherungsordnung kennt unter den verschiedenen neu eingeführten Bezügen der Hinterbliebenen Versicherter neben der Witwenrente, der Waisenrente und dem Witwengeld auch die Waisenaussteuer. Die ganze Einrichtung ist aber noch sehr wenig bekannt.

Die Waisenaussteuer wird unter bestimmten Voraussetzungen gewährt, wenn eine Witwe das 15. Lebensjahr überschritten und der Bezug der Waisenrente in Wegfall kommt. Für die Hinterbliebenen entstehen — erhebliche bare Auslagen bei der Schulentlassung der Waisen und ihrem Eintritt in eine Berufstätigkeit. Es empfiehlt sich, zur Deckung dieser Unkosten eine einmalige Zuwendung, als Ersatz für andere Leistungen, in der Gestalt der Waisenaussteuer zur Verfügung zu stellen. Diese „Aussteuer“ wird gewährt, wenn der Verstorbene zur Zeit seines Todes die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat, und wenn außerdem die Witwe selbst diese Wartezeit erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat. Die Wartezeit für die Invalidenrente ist bekanntlich erfüllt, wenn 200 Beitragswochen oder sonstige anrechnungsfähige Zeiten, wie Krankheit, nachgewiesen werden, wenn sich mindestens 100 Wochenbeiträge für versicherungspflichtige Beschäftigung darunter befinden. Der Nachweis einer solchen Wartezeit muß also bei dem Tode des Ernährers sowohl für diesen als auch für die Witwe erbracht werden. Es muß aber auch bei beiden die Anwartschaft aufrecht erhalten sein, das heißt, es müssen fortlaufend die Beiträge entrichtet worden sein, und zwar so, daß immer auf den Zeitraum von zwei Jahren mindestens 40 Beitragswochen entfallen. Kann die Witwe beim Tode des Mannes diesen Nachweis nicht erbringen, so ist es ihr gestattet, ihn nachträglich zu erwerben. Ist es, daß sie die noch fehlenden Marken nachleibt oder überhaupt erst neu in die Versicherung eintritt. Hauptliche ist, daß dieser Nachweis bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres der Witwe erbracht wird. Diese Voraussetzungen sind verhältnismäßig leicht zu erbringen; jede Frau, die regelmäßig eine Beschäftigung ausübt, besitzt ihn.

Die Waisenaussteuer ist nun freilich kein großes Kapital. Sie besteht im achtfachen Monatsbetrag der bezogenen Waisenrente. Dazu zählt das Reich eine feststehende Zuschlag. In Wirklichkeit beträgt sie im Durchschnitt etwa 30 Mk. Ist aber auch der Betrag gering, so verdient es sich doch immerhin, ihn mitzunehmen. Der Antrag auf die Gewährung der Waisenaussteuer ist von der Witwe zu stellen, und zwar bei Vollendung des 15. Lebensjahres des Kindes. Ist inzwischen auch die Witwe (Mutter) gestorben, so ist der Antrag von dem sonstigen gesetzlichen Vertreter des Kindes zu stellen, denn die Waisenaussteuer wird auch den Vollwaisen gezahlt. Es kommt auch nicht darauf an, ob die Witwe die leibliche oder nur die Stiefmutter des Kindes ist. Der Antrag ist bei dem Versicherungsamt, wenn ein solches nicht am Orte, bei der Ortsbehörde oder dem Gemeindevorsteher einzureichen, in dessen Bezirk die Witwe wohnt. Dem Antrage sind die nötigen Beweismittel beizufügen: also die Invalidenarten und Anrechnungsberechtigungen sowohl des verstorbenen Ernährers als auch der Witwe und der Geburtsjahre des Kindes. Der Witwe oder dem gesetzlichen Vertreter des Kindes ist ein schriftlicher Bescheid auf den Antrag zu erteilen. Wird der Anspruch abgelehnt, so entscheidet darüber das Oberversicherungsamt endgültig. Durch die Auszahlung der Waisenaussteuer erleidet die Witwe in ihren eigenen Ansprüchen auf die Invalidenversicherung nicht den geringsten Schaden und Nachteil. Eine bestimmte Frist, innerhalb derer der Antrag auf die Gewährung der Waisenaussteuer gestellt werden muß, ist im Gesetz nicht vorgegeben. Es ist deshalb möglich, die „Aussteuer“ auf die zurückliegenden Fälle noch nachzuverlangen.

Die würdige Ehrung Gefallener entspricht gewiß dem Empfinden aller, welche dank dem Opfermut jener nach von den Früchten zehren können, die des Lebens goldner Baum hervorbringt. Darüber werden jedoch wohl die Meinungen auseinandergehen, wie man das Andenken derjenigen am besten ehrt, die für die Freiheit und das Bestehen ihres Landes starben. Nach unserer Meinung sollte das nicht durch steinerne Denkmäler in Kirchen und auf Plätzen geschehen, an denen mehr oder minder Verzagene bei den verschiedensten Gelegenheiten ihren Ansichten entsprechende Reden halten, sondern durch Gewährung von staatsbürgerlicher Gleichheit und Freiheit an alle Deutschen ohne Unterschied ihrer Anschauungen und Einkommen. Der Dank der Heimat an die Toten sollte sich nicht hauptsächlich in Stein und Erz, sondern in warmem Leben äußern. Dieser Tage äußerte sich nun auch die lübische Synode der evangelisch-lutherischen Landeskirche zu der Frage der Ehrung der gefallenen Helden. Sändig Direktor Balzer legte seinem Vortrage folgende Leitgedanken zu Grunde: 1. Die Erinnerungsgesetze und Denkmäler für die Ehrung unserer gefallenen Helten sollen unter der warmen Anteilnahme des ganzen Volkes geschaffen werden, und zwar an Stätten seines Lebens, die ihnen auch für kommende Zeiten eine Einwirkung auf das Volk sichern. 2. Als Platz für die Errichtung dieser Ehrenmale erscheint danach das Innere oder die Umgebung unserer Gotteshäuser besonders geeignet, wo durch die unmittelbare persönliche Beziehung zwischen den gefallenen Helten und deren Angehörigen sowie den Gemeindegliedern diese Anteilnahme von selbst gegeben ist. 3. Die Ehrenmale sollen schlicht und einfach gehalten sein, weil sie dem Wesen unserer ersten Zeit entsprechen müssen; sie sollen äußeren Prunk vermeiden, da wir nicht reiche und kostbare Denkmäler errichten können, ehe nicht unsere Pflichten gegen die Hinterbliebenen und die aus dem Felde heimkehrenden Krieger, insbesondere die Kriegserleideten, voll erfüllt sind. 4. Wünschenswert erscheint neben der Ehrung der Gefallenen in den Gemeinden eine allgemeine Ehrung, für die verschiedene Möglichkeiten für die Art und den Ort der Ausführung vorliegen, etwa in der Marienkirche, in der Katharinenkirche oder auf dem Ehrenfriedhof. Die Synode stellte sich im allgemeinen auf den Standpunkt der Balzer'schen Ausführungen und richtete an den Kirchenrat das Ersuchen, den Kirchenvorständen eine dahingehende Anregung zu geben.

Als erster Arbeitverrichter bei den Geschworenen wurde gestern der Geschäftsführer des Konsumvereins für Lübeck und

Der amtliche Kriegsbericht.

W.Z. Großes Hauptquartier, 27. Mai. (Amtlich.) Westlicher Kriegsjahresplan.

Nördlich des Kanals von La Bassée drang eine unserer Patrouillen bei Festubert in die feindliche Stellung, machte einige Gefangene und kehrte ohne Verluste zurück.

In den Argonnen lebhafter Minenkampf, bei dem die feindlichen Gräben in großer Breite zerstört wurden. Außer einigen Gefangenen erlitten die Franzosen zahlreiche Verluste an Toten und Verwundeten.

Westlich der Maas richteten die Franzosen seit Mittwoch heftige Angriffe gegen Camieres. Es gelang ihnen, vorübergehend in den Südrand des Dorfes einzudringen. Wir machten bei der Säuberung 23 Gefangene.

Nächst der Maas gelang es uns bis zu der Höhe am Südrand des Thiaumontwaldes vorzustoßen. Die französischen Angriffsversuche dagegen wurden durch Artilleriefeuer im Keime erstickt.

Zwei feindliche Angriffe gegen unsere neu eroberte Stellung südlich der Feste Douaumont scheiterten erfolglos.

In den Kämpfen südwestlich und südlich der Festung sind seit dem 22. Mai an Gefangenen 48 Offiziere und 1943 Mann eingebracht.

Deftlicher Kriegsjahresplan.

Bei einem erfolgreichen Patrouillenunternehmen südlich Reffau wurden einige Gefangene gemacht.

Balkan-Kriegsjahresplan.

Keine Veränderungen.

Oberste Heeresleitung.

Umgehend, Genosse Albert Henze, ausgelost. Das Schwurgericht wird ferner aus folgenden Männern gebildet werden: Hüfner Klüver, Gleichendorf; Landwirt Schärba, Lehmann; Hüfner Kuesch, Barlau; Landmann Kiebusch, Grunau; Parzellist Dörken, Vorwerk-Mörensöld; Organist Lichtwart; Hüfner Drüchamer, Quisdorf; Kaufmann Barnde; Kaufmann Ubers; Vizeadmiral Kindt; Wasserbauinspektor Krebs; Kaufmann Sedemann; Maler Dose; Kaufmann Lohmann; Schneidermeister Hünke; Losenskommandeur Lindenberg, Travenmünde; Erbpächter Harms, Gehorst; Oberförster Kluth, Waldhufen; Kaufmann v. Lüthmann; Kaufmann Welle; Rentner Laroni, Cutin; Gutsbesitzer Hörcher, Hof Strednick; Gutsbesitzer Meyer, Dänischburg; Gemeindevorsteher Siemers, Poggenlee; Kronprinzpächter Hansen, Neumühle; Versicherungsdirektor Raden; Professor Mehger; Lagermeister Vütgens; Kaufmann Brockmann.

Strastammer am 26. Mai. Eine Anzahl jugendlicher Karitätenjammer lag am Freitag auf der Anklagebank, von denen einige sich in zwei Verhandlungen wegen unerlegten Streichen zu verantworten hatten. So gut wie alle Angeklagten in diesem Falle haben sie sich auf ganz zufällige Weise Vorarbeiten zu schulden kommen lassen und dadurch sich und ihre Eltern, unter denen drei Kriegerfamilien sind, in großen Kummer gebracht. Der Erste Staatsanwalt zog scharfe Register auf. Wir wollen die Handlungsweise der Burden gewiß nicht beschönigen, möchten aber doch auf die in letzter Zeit vielfach aufgetauchten sachmännlichen Urteile hinweisen, die vor der sogenannten Gefängnisbefreiung waren. Die „Hedentaten“ der jungen Herren trugen sich so zu: In Lübeck steht irgendwo eine Villa, deren Besitzer längere Zeit unfreiwillig verreiselt war. Er ist ein wohlhabender Mann mit einem Einkommen, das 30 Arbeiterfamilien über die Alltagsvorsorgenstellung heben würde. Während des „Verreisels“ erfuhr das Hausinnere eine Aufräumarbeit und ein 17jähriger Tapezierlehrling hatte für die Zentralheizung zu sorgen. Er besaß die Schlüssel zum Haupteingang. Beim Reinmachen fiel ihm ein Kinderfahrrad und ein Taschenfeuerzeug ins Auge. Bei der bekannteren Ellenbogenbewegung hatte der junge Mensch die lächerliche Absicht, mit dem ersten seinen kleinen Bruder zu beglücken, während der zweite Artikel wohl die Sonntagswestentasche zieren sollte. Das große Verhängnis entrollte sich aber erst, nachdem der Tapezierlehrling eine gleichaltrigen Kameraden von seiner Beschäftigung in der herrerothen Villa Mitteilung gemacht und ihn aufgefordert hatte, einmal an seiner Stelle die Wasserleitung nachzugehen. Für diese interessierte sich der junge Mann weniger; mehr faszinierte ihn die anderen Herrlichkeiten ins Auge, die er in der Villa erblickte. Für diese wußte er auch andere zu begeistern, und so verschwanden bald nacheinander eine Lederhandschmuppe, zwei Öperngläser, Zigarrenetui, Kompaß, goldene Brosche, Werkzeugtasche, Handschuhe, Notizbücher, Lupen, angebrannte Kerzen, Briefmarken. Da es in herrschaftlichen Häusern auch Wein und gute Zigarren gibt, wurde mehreren Flaschen der Saft gebrochen und ein ansehnlicher Posten Zigarren eingepackt. Bei anderer Gelegenheit wechselten Spielkarten, Joliffod, Nischenbecher, Zigarrenspitze, Kratzennadel, ein Paket Radergummi, Uhrrette und 9 Mark bares Geld den Besitzer. Ebenso wurden zwei Paar weiße Hosen, ein Gummimantel, ein Herrenjackett in den Koffer gepackt und 9 Notenhefte für Klavierstudien draufgelegt. Bei all diesen unangemeldeten Besuchen war der falsche Kamerad der „Macher“ „Gang“. Er wußte den einen und andern zu überreden, denn er war der in Lübeck eine Zeitlang umlaufenden Meinung, des Villenbesizers unfreiwillige Reife dauere 5 Jahre. Während der Zeit werde doch alles auf den großen Möbelwagen geladen und dabei würden die Kleinigkeiten kaum vermist. Allerdings hat er jedem Helfer sein reiblich Teil Lohn abgegeben, dafür in der Verhandlung aber auch jeden Kameraden schwer zu belästigen versucht. Vier Brüder, deren Vater im Felde und von denen einer ebenfalls im feldgrauen Tuch zur Erholung weilte — zwei drückte damals noch die Schulbank —, hat der Unglückselige damit mehr oder weniger aufs Glatteis geführt und außerdem einen unbescholtenen Briefmarkenhändler in den Verdacht der Hehlerei gesetzt. Die Marken, die einen Wert von 58 Mark hatten, verkaufte und ließ der Anstifter für 19 Mk. verkaufen. In einzelnen Fällen wurden auch gewalttätige Bestrafungen versucht und vorgenommen. Der Staatsanwalt beantragte für den Hauptmader 3 Monate Gefängnis, für die anderen 2 Monate, zweimal sechs Wochen, dreimal zwei Wochen, gegen den Briefmarkenhändler 1 Monat und für einen 12jährigen Knaben 10 Tage. Das Gericht nahm nach vier Verteidigungsreden Abschied an dem beantragten Strafmaß vor. Es erkannte auf 4 Monate, 6 Wochen, 4 Wochen, 3 Wochen, 1 Woche Gefängnis, 30 Mk. Geldstrafe, der Schulknabe kam mit einem Verweis davon und der Soldat wie Briefmarkenhändler wurden freigesprochen. — In dem zweiten Falle sahen acht Jünglinge, ein älterer Mann und drei Ehefrauen auf der Anklagebank. Auch hier trat der in der ersten Verhandlung am härtesten bestrafte wieder in den Vordergrund. Sein Lehrmeister hatte den Soldatenrod angezogen. Dieser Tapezierlehrling erleichterte seinen Lehrherrn um einen Posten Leinwand, zu dessen Fortschaffen er sich getreue Mithelfer aussuchte, die mit einigen Silberlingen abgelohnt wurden. Er duldete auch, daß kleinere Gegenstände aus der Werkstatt geholt wurden, so von einem Knaben Bolzer, Schraubenzieher, Bindfaden, Leim. Der Mann hatte für seine Sachen 15 Groschen bezahlt. Ein Schlosserlehrling hatte zwei kleine Tischchen, einen Handtuchhalter, einen Stahl wiederholt heimgebracht, obwohl ihn seine Mutter, eine gut situierte Meistersfrau, damit fortgeschickt. Der Sohn sollte wegen Diebstahls, die Mutter wegen Begünstigung ebenfalls drei Wochen ins Gefängnis, nach dem Antrag des Ersten Staatsanwalts. Das Mitnehmen eines Schirmhutes und zweier Tischblätter sollte eine Woche kosten, dem Leinwandträger waren vier Wochen zugerechnet.

acht Wochen, dem älteren Mann, der unter Preis einkaufte, acht Wochen und zwei weitere Ehefrauen sollten wegen Hehlerei je sechs Wochen eingekerkert werden. Sie hatten sich vom Hauptübeltäter, gegen den der Staatsanwalt 1 Jahr Gesamtstrafe beantragte, die Sofas überziehen lassen. Nach Aussage eines Sachverständigen war der Preis und Stoffqualität mit den bezahlten 8 Mark ganz gut auszugleichen. Auch hier traten drei Verteidiger für wesentlich mildere Strafen ein, wobei auch auf den Widerpruch der Polizeiprotokolle mit den eigentlichen Aussagen hingewiesen und die Möglichkeit unbewusster Beeinflussung durch Strafhinweis hervorgehoben wurde. Die Urteile lauteten dann: Der Hauptangeklagte erhält wegen fortgesetzten Diebstahls und fünf Diebstahlsbeihilfen unter Einbezug der vorher erkannten Strafen 8 Monate. Der Schlosserlehrling erhielt 3 Wochen, die andere Jünglinge 2 Wochen, 1 Woche, 4 Wochen, 6 Wochen und 3 Tage, 1 1/2 Tage, 3 Tage, der ältere Mann wegen Hehlerei einen Monat Gefängnis. Die drei Ehefrauen wurden freigesprochen.

Reichsbuchwoche 28. Mai — 3. Juni. Man schreibt uns: Geeignet für unsere Soldaten sind namentlich: Unterhaltende Bücher, Romane, Novellen, Kalender, Gedichte und Dramen, Ausgaben der deutschen Klassiker, von denen auch einzelne Bände erwünscht sind. Ferner vollständige belehrende Schriften, namentlich aus den Gebieten der Geschichte, der Länderkunde, der Naturwissenschaft und der Technik, auch Bücher über Lebens- und Zeitfragen und religiöse Schriften, die für Krieger passen. — Ungeniegt sind schlüpfrige und unästhetische Schriften, auch die sogenannte Schundliteratur, wie die bekannten Schuppenjagdgeschichten und schlechter Detektivromane. Auch Streifkräften politischer und religiöser Natur, sowie rein wissenschaftliche und gelehrte Bücher eignen sich nicht. Schriften über den Krieg mögen die Soldaten in den Schützengräben in der Regel nicht lesen; sie verlangen besonders Unterhaltungsschriften, vor allem humoristische, die sie von der oft grauenvollen Wirklichkeit des Stellungstumpfes ablenken; ihr Gemüt erheitern und ihre Nerven beruhigen. Allzu große und schwere Bücher sind nicht erwünscht, gebundene Bücher sind den ungebundenen vorzuziehen. — Wer Geeignetes in seinem Bücherfahrsack hat, wähle dies aus und bringe es zu den Annahmestellen. Sonst ist genug Gutes und Erfreuliches in unseren Buchhandlungen, die zugleich Sammelstellen sind, zu billigen Preisen zu haben.

Ausfuhr von Deutschland nach Luxemburg. Wie die Handelskammer mitteilt, ist von dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrermittlungen eine neu gefasste Liste der für die Ausfuhr von Deutschland nach Luxemburg freigegebenen Waren herausgegeben worden, welche von Interessenten in der Kanzlei der Handelskammer, Breite Straße 6, eingesehen werden kann.

Ein Marktconcert, ausgeführt durch die Schugmannskapelle unter persönlicher Leitung des Polizeiwachmeisters Sebert, findet am Sonntag mittag von 12—1 Uhr statt.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 26. ds. Mts. um 12 Uhr ist ein vor dem Stadttheater hingestellt gewesenes Fahrrad Marke „Trave“ mit dem vom Polizeiamt gelieferten Nummernschildern 7777 gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen.

Heide. Ein schwerer Unfall trug sich in Schlichting zu. Der Landmann und jetzige Landturmann Emil Peters aus Fedderingen bei Dornstedt, der auf Urlaub war, fuhr mit seiner Frau, den Kindern und der Schwägerin auf Besuch. In Schlichting scheute das junge Pferd; der Zügel riß und das Pferd ging mit dem Wagen durch. Bei dem Hause des Landmannes Schend geriet das ganze Gefährt kopfüber in den tiefen Graben, so daß sämtliche Insassen des Wagens unter diesen zu liegen kamen und nur mit fremder Hilfe herausgebracht werden konnten. Leider konnte das eine Kind nur als Leiche aus dem Wasser geborgen werden. Die Schwägerin von Peters liegt noch jetzt bemußlos schwer darnieder, während die übrigen Insassen glimpflicher davontamen.

Bremen. Die Parteidifferenzen. Eine neue Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen fuhr in der Erörterung der Parteidifferenzen fort. Diesmal handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Breßkommision und Geschäftsleitung. Für das Bremer Parteiuunternehmen ist, wie bei den meisten anderen Druckereien, die Form der Handelsgesellschaft gewählt. Geschäftsleiter sind drei Bremer Genossen und Ober und Müller vom Parteivorstand. Die Breßkommision beschloß nun, den Geschäftsführer Rolle zu kündigen, weil er den Druck der Bremer Korrespondenz übernahm und Bestellungen auf die „Bremer Bürgerzeitung“ aus Hanau nicht angenommen hatte. (Die Kreise des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. befinden sich bekanntlich in Konflikt mit der „Frankfurter Volksstimme“ und lehnten es ab, diese in ihren Kreisen noch weiter zu verbreiten.) Die Kündigung Rolle blieb wirkungslos, weil die Handelsgesellschaft sich weigerte, ihr Folge zu geben. Dagegen wandte sich nun die Generalversammlung, in der eingehende Mitteilungen über die rechtliche Lage im Bremer Parteiuunternehmen gemacht wurde. Die Breßkommision forderte, daß mit dem Fremdenräger über den Abschluß eines neuen Gesellschaftsvertrages verhandelt werden soll, um zu erreichen, daß dem Parteivorstand das entscheidende Bestimmungsrecht entzogen werde. Es ist notwendig, daß die Breßkommision wirkliche Befugnisse erlange; durch die bestehenden Verhältnisse sei sie selbst gehindert, eine einheitliche Redaktion zu schaffen. Zwei Redakteure ständen auf dem Boden der Fraktionsmehrheit, zwei seien Anhänger der Arbeitsgemeinschaft und zwei gehörten der linksradikalen Richtung an. Sie habe deshalb längst geplant, einen Chefredakteur anzustellen, was infolge der Machtlosigkeit der Breßkommision unmöglich gewesen war. — Die Verhältnisse in der Bremer Partei werden anscheinend immer verwickelter.

Neueste Nachrichten.

Amsterdam, 26. Mai. Wie aus London gemeldet wird, rief dort die zunehmende Agitation der Irish-Americaner gegen England harte Beunruhigung hervor gerade in diesem Augenblick, wo Präsident Wilson um seine Wiederwahl sehr besorgt ist und danach streben muß, die Stimmen der Irish-Americaner für sich zu gewinnen. Mehr als 200 Kongreßmitglieder in Washington haben ihren Absichten gegen die britische Hölzerherrschaft und den Terrorismus des Ministeriums Asquith in Irland ausgesprochen. Dieser Laune wird sich der Präsident nicht entziehen können. Man bringt in London die Ankündigung einer scharfen amerikanischen Note gegen die englischen Postbehörden und Blockade bereits mit der Wirkung der Irish-Americaner Agitation in Verbindung. Die Furcht vor Amerika ist es, die die Londoner Regierung davon abgehalten hat, mit Sir Roger Casement kurzen Prozess zu machen, seine Sache vielmehr an das ordentliche Londoner Schwurgericht zu verweisen und so Zeit zu gewinnen. Das Casement nicht gleich den übrigen Sinn-Fein-Jähren hingerichtet wird, steht schon heute fest.

Verlustlisten.

Gehtenen sind:

Preussische Verlustliste Nr. 540.

Bayerische Verlustliste Nr. 269.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmarck Druck: Friedr. Neber & Co. Gedruckt in Lübeck.

Bekanntmachung

betr. Anzeige von Fleischvorräten.

Die in der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Fleischwaren vorgeschriebene Anmeldung der am 25. Mai 1916 vorhandenen Vorräte an Fleischwaren (Fleischkonserven, Räucherwaren von Fleisch, Dauerwürste aller Art sowie geräucherter Speck) hat schriftlich bis 5. Juni 1916

bei der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes,
Breite Straße 65, I.

und wenn es sich um Vorräte von über 2000 Kilogramm handelt, auch bei der Reichsfleischstelle in Berlin zu erfolgen.

Nicht anzuzeigen sind Vorräte, die lediglich für den Haushalt des Eigentümers bestimmt sind.

Lübeck, den 27. Mai 1916.

2490

Der Kommunalverband.

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Verbrauchszucker.

Die Verkäufer von Zucker werden hiermit ausdrücklich auf die Beachtung der Vorschrift des § 9 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Verbrauchszucker vom 22. April 1916 hingewiesen, wonach die Zuckerarten-Abschnitte spätestens am fünften Wochentage des nächsten Monats abgeliefert werden müssen. Für später abgelieferte Abschnitte wird ihnen Zucker nicht zugewiesen werden.

Die Ablieferung hat bei dem Lieferanten zu erfolgen, bei dem der Verkäufer seinen Zucker bezieht.

Lübeck, den 26. Mai 1916.

Die Kommission des Senates zur Beschaffung von Nahrungs- und Futtermitteln.

Bekanntmachung

betreffend die Zuckerbestandsaufnahme.

Alle diejenigen Personen, welche bei der am 25. April d. J. stattgehabten Zuckerbestandsaufnahme ihren Vorrat an Zuckersirup mit angemeldet haben, werden hiermit aufgefordert, der unterzeichneten Kommission (Geschäftsstelle Breite Straße 65, I) bis zum 1. Juni 1916 schriftlich anzuzeigen, wie groß der Vorrat an Zuckersirup war, den sie mit angemeldet haben.

Lübeck, den 26. Mai 1916.

(2479)

Die Kommission des Senates zur Beschaffung von Nahrungs- und Futtermitteln.



Max Fischer



Kohlenhandlung

2481

Falkenstr. (Kanalhafen) - Fernspr. 671

empfiehlt

sämtl. Brennmaterialien

(Spezialität: Zentralheizungskoks)

zu den billigsten Preisen frei Haus.



Billig! Empfehle Billig!

meine gut eingeführte Schmierseife à Bld. 60 und 70 1/2

Prima deutsche Kernseife à Bld. 30 1/2 (2486)

verschiedene Seifenpulver und Toiletteiften, nur auf Vorzeigen der Proffkarten; auf Ausweisarten gebe größeres Quantum ab.

Seifenhaus Spethmann.

Fackenburg Allee 58 b. Beckergrube 17, neben d. Markthalle.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Mariesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtung.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

(2476) Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtg. stets

Lieferung frei Haus

auf eigen. Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gabe rats Lübeck-Rabattmarken

Sozialistische Dokumente

des Weltkrieges.

Eine Darstellung der Haltung der

organisierten Arbeiter aller Länder

zum Weltkrieg, mit kurzen ge-

schichtlichen und welt-politischen

Einführungen.

1. Heft: Politik und Krieg -

Grundzüge der englischen Politik.

Von M. Beer.

Preis 10 Pfg.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Volkstüche.

Sam. 1. Juni d. J. an teher.

Die Tante Petrus mit Milch und

Zucker 10 Pfg. (2484)

Die Vorkehrerhaft

der Volkstüche.

Kriegsstüche

Referat, grube 10-14

Spielplatz St. Gertrud.

Fackenburg Allee 10.

II. St. Gertrudschule.

Montag: Erdbeben mit Speck.

Dienstag: Reis mit Khabarber.

Mittwoch: Weißbrot mit

Schweinefleisch.

Dienstag: Kartoffeln m. Zwiebel-

tunfe u. Senf als Beilage.

Sonntag: Spargel m. Rübchen

und Kartoffeln.

Montag: Bohnenstuppe m. Speck

Änderungen vorbehalten. Gericht

25 1/2 Ausgabe wöchentlich von

11 1/2-1 Uhr. Karten sind am

Tag vorher zu lösen. (2491)

Lübecker Gen.-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Montag, dem 29. Mai 1916

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht

vom 1. Quartal 1916 und

Wahlung eines Kriegskreuz-

Referenten.

2. Rechnungsbericht des Verbands-

vorstands Herrn F. Vieth,

Hamburg.

Anteilsscheine legitimieren.

Lübecker Gen.-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Der Vorstand.

Konzert

Zauberflöte.

Täglich Konzert.

Damenkapelle

ANNITA.

7 Damen.

Wochentags Anf. 7 Uhr.

Sonntags 4 Uhr.

2459 L. Kock.

Soeben kommt zur Ausgabe

Der Wahre Jacob

Humoristisch-satirische Zeitschrift

Alle 14 Tage erscheint eine Nummer.

Preis 10 Pfennig.

Bestellungen durch die Zeitungsträger sowie durch die

Expedition unseres Blattes.

Betten-Duvel

liefert bestens u. billigst.

2467 Gr. Burgstr. 32.

Seebadeanstalt Travemünde.

Eröffnung Sonnabend, den 27. Mai.

Die Kurverwaltung.

Städtischer Kursaal, Travemünde.

Beginn der Kurmusik Sonnabend, den 27. Mai,

abends 8 Uhr.

Die Kurverwaltung.

Kaninchen-Ausstellung

veranstaltet v. Verband Lübecker Kaninchenzüchter

am Sonntag, dem 28. Mai

im Etablissement „Sadowa“, Fackenburg Allee.

Geöffnet: Sonnabend von 4-9 Uhr, Sonntag von 9-9 Uhr.

Eintritt für Erwachsene 20 Pfg., Kinder und Militär 10 Pfg.

Der Vorstand.

Achtung Kohlenarbeiter!

Versammlung

am Sonntag, dem 28. Mai 1916

vormittags 11 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:

Innere Angelegenheiten.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das

Erscheinen sämtl. Kollegen dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Am 14. Mai verunglückte bei einem Munitionstransport im Osten unser Genosse **Albert Denker.** Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Der Vorstand.**

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für ersikassige

:: Manufakturwaren ::

Spezialhaus für Betten

Bettfedern u. Daun

Herren- und Knaben-

Garderob. Arbeiter-

und Berufs-Kleidung.

Ein Logis

für einen Herrn. (2488)

Wohnungsm. 182 11.

Zu verm. Kleinsp. m. ad.

n. Bad. Wohnungsm. 44 (2468)

Gut gerucht. Garderobe

billig zu vermieten.

(2478) Gartenstraße 52 1/2.

Lager aller Sorten Essig

in la. Qualität.

Weinessig, Honigessig etc.

la. Tafelsenf. Fruchtsäfte.

Puddingpulver, Back- u. Eipulver

Ludwig Wiegels, Lübeck

Küstergrube 60. (2468)

Kirschmutterjaft

zur Herstellung schmackhafter

Speisen, die flüchtig 1.20 1/2

1/2 Liter 65 1/2 (ohne Glas)

empfehlen (2471)

Kniep & Bartels

Alle Sorten

Weine u. Spirituosen

ausl. Kleinverpackung in Flaschen

empfehlen

J. Höpner, Beckerg. 66.

Im Lager

haben wir ein großes

Sorten-Möbeln zum Verkauf.

Neue Klappstühle 4 75,-

Bücher 1 25, helle Schranktücher

1 150, Küchenutensilien 30.

Spiegel, Truhen, Schreibtische,

Stühle, herrschaftl. Möbeln, etc.

ausl. Import. Preis 1.20 (2459)

Kaffee, Pfeffer, Gewürze,

etc. etc. u. Spezialauswahl

zu verkaufen. Preis 30 Pfg.

(2459) Eisenmann, Steinmann & Co.

!! Säcke !!

brauche dringend und zahle die

höchsten Tagespreise. Zucker-

und Mehlpreise per Stück

1.50.

Fortdauernd

zu haben für den Bestenpreis

7.8

Lissauer,

Steinweg 5. (2458)

Fra Schick, Lehmann

neuer (2474)

Reich. Sackb. Zucht.

Verz. Sonntagstern

am 28. Mai, von 1 Uhr ab. (2482)

Dr. Lorenz, Beckergrube 64, I.

Dr. Pöschel, Beckergrube 14.

Dr. Gsch. Beckergrube 14, I.

Photogramme - Postkarten

Vergrößerungen nach jedem Maße

in best. Ausf. zu kleinst. Preis.

Atelier Modern

39 Breite Straße 39.

Hans Henschel. (2472)

Uhren

in Gold u. Silber, billig.

Handgeschliff

Agelien-

straße 13.

Sämtliche

Brennmaterialien

nur

erstklassige Ware

empfiehlt zu

Sommerpreisen!

Christian Gäde

Fischerg. Nr. 4

Fernruf 242. (2480)

Reichs-Buch-Woche

28. Mai bis 3. Juni 1916

veranstaltet vom Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz.

Unsere Millionenheere brauchen Millionen von Büchern. Jeder helfe mit, durch gute Bücher unsern tapferen Kriegerern geistige Nahrung zu schaffen! Wer im eigenen Bucherschrank keine passende Gabe hat, findet in den Buchhandlungen, die darauf vorbereitet sind, reiche Auswahl zu billigen Preisen.

Annahmestellen in Lübeck: **W. Behlendorf**, Hüxstr. 71, **Lübcke & Nöhring**, Breite Straße 31, **R. Lübcke**, Königstraße 41, **Berth. Nöhring**, Breite Straße 61a, **E. Quitzow**, Breite Straße 97, **G. Weiland**, Königstr. 70/72, **Oeffentliche Bücher- und Leschale**, Mengstr. 25, **Zentrale vom Roten Kreuz**, St. Annenstr. 2.

Wärmungsblätter sind bei den Annahmestellen zu haben. (2478)

Die Lübecker Vereine vom Roten Kreuz.

Die Ernährungsfragen in der Budgetkommission des Reichstags.

In der am Donnerstag fortgesetzten Beratung gab zunächst Präsident Kauck die Auskunft, daß Hafer und Gerste völlig aufgeteilt sind. Statt 8 Millionen Tonnen Hafer sind im vorigen Jahre nur 5,3 Millionen Tonnen geerntet worden, wovon 1,7 Millionen der Heeresverwaltung überlassen worden sind. Die Ernte an Gerste betrug statt 3,5 Millionen nur 1,8 Millionen Tonnen. Das führte dazu, daß den Bauereien nicht einmal das Kontingent von 48 Prozent geliefert werden konnte. Voll eingedeckt waren in Höhe dieses Kontingents nur die bayerischen Brauereien. Im Sommer muß deshalb ein Mangel an Bier eintreten. Die Regierung hat dafür gesorgt, der Nahrungsmittel-Industrie möglichst viel Getreide zur Verfügung zu stellen. So werden den Graupenfabriken monatlich 10 000 Tonnen Gerste geliefert. Unsere Vorräte an Kasse sind knapp; es werden daher ebenfalls monatlich 10 000 Tonnen Gerste zu Erntefabrikaten zur Verfügung gestellt. An Hefe besteht ebenfalls ein Mangel, der nicht voll behoben werden kann. Den Preßhefeabriken sind 10 000 Tonnen Melasse überwiesen worden. Der Bedarf der Heeresverwaltung an Futtermitteln ist bis zur nächsten Ernte voll gedeckt.

General v. Owen gibt Auskunft über die Versorgung des Heeres. Seine Darlegungen waren vertraulicher Natur. Abg. Dr. Pfeleger (Zt.) erörtert die Schwierigkeiten, die sich bei der Ablieferung des Getreides für die Landwirte ergeben haben. Die Verteilung der Gerste an die Brauereien in Bayern war praktischer als die im norddeutschen Brauereigebiet. Eine Unbilligkeit wäre es daher, wenn man jetzt den bayerischen Brauereien einen Teil ihrer Gerste wegnehmen wollte.

Präsident v. Batocki, der sich der Kommission vorstellt, bittet zu beachten, daß er in der schwierigsten Zeit sein Amt anträte. Wunderdinge solle man von ihm nicht erwarten; was aber in seiner Kraft liege, solle geschehen. Mit rauher Faust könne er jedoch nicht zerkleinern, was bis jetzt aufgebaut wurde. Ein Programm könne er im Moment nicht entwickeln. Jedenfalls werde eine bessere Verständigung mit der Militärverwaltung herbeigeführt. Es werden auch gewisse Widerstände der Bundesstaaten überwunden werden müssen. Von einem Diktator zu reden, sei Unförmlich; er habe keine Mittel, einen einzelstaatlichen Beamten, der passiv Resignation über, zu einer anderen Haltung zu zwingen. Er denke z. B. an die Förderung der Massenpeisung. Vorhandene Reserven müssen ohne Rücksicht herangezogen werden. Dem Wucher wird mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, und vor allen Dingen werde er sofort eine Zusammenstellung der Verordnungen veranlassen. Die Versorgung der Großstädte ist schwierig. Die Interessen der Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte dürfen nicht zu sehr verletzt werden, sonst leidet die Produktion. In der Presse müsse gleichzeitig aufflarend gewirkt werden. Schließlich hänge alles von dem Ausfall der Ernte ab. Für den Betrieb der neuen Organisation müssen freilich erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Wurm (Soz. Arb.): Im vorigen Herbst hat man von einer großen Ernte gesprochen und den Bauereien Mengen von Getreide gegeben, und jetzt erst gibt man zu, daß wir eine Mizernte hatten! Es besteht kein Zweifel daran, daß große Mengen Getreide der Volksernährung entzogen wurden. Die städtischen Arbeiter müssen den ländlichen Arbeitern im Brotverbrauch gleichgestellt werden. Auf dem Lande sind bestimmt noch Vorräte an Getreide vorhanden. Das ausländische Mehl, das im freien Verkehr teurer verkauft wird, stammt meist nicht aus dem Auslande, sondern ist von den Bäckern „eripiert“ worden. Auf keinen Fall darf man dulden, daß Strohmehl dem Brot beigemischt wird; lieber soll man das Getreide wieder schärfer ausmahlen. Die Reichsgetreidestelle verlangt Preise bis zu 80 Mk. pro Zentner Weizenmehl und verteuert dadurch die Produkte. Den bayerischen Brauereien darf ein Vorzug nicht eingeräumt werden. Insbesondere muß auch die Reichsgetreidestelle den Kommunen regelmäßig gutes Mehl liefern. Daran hat es in der letzten Zeit sehr gemangelt.

Unterstaatssekretär v. Stein rechtfertigt die Abgabe von Getreide an die Brennereien damit, daß die Abfallprodukte dieser Betriebe der Viehmast dienen. Man werde auch künftig wieder den Brennereien Getreide geben müssen, sobald die Brotverfertigung gesichert ist. Das System der Ablieferung des Getreides ist verbesserungsbedürftig. Die Reichsgetreidestelle muß das Mehl zu Präparaten teurer verkaufen, weil sie mit hohen Kosten zu rechnen hat. Daß Mehl in größeren Mengen verdorben ist, ist nicht richtig. Das Mehl, das als Auslandsmehl angeboten wird, stammt in der Tat aus dem Auslande; der Vornahme von Schiebungen ist bereits vorgebeugt.

Abg. Dr. Wendorf legt der Kommission eine Brotprobe aus Dranienburg vor. 22 Millionen Tonnen Brotgetreide sind verschwunden, ohne daß ihr Verbleib festgestellt werden konnte. Ohne Zweifel ist dieses Getreide veräußert worden. Daß die Haferpreise später erhöht worden sind, ist bedauerlich; trotzdem wäre eine Nachzahlung an die Landwirte, die vorher verkauft haben, nicht gerechtfertigt.

Abg. Erzberger fragt nach der Höhe der Bestände der Heeresverwaltung, die nach Gerichten zu viel aufgespeichert habe. Auch an anderen Stellen ist eine Menge Nahrungsmittel aufgespeichert. Ingerate, in denen Nahrungsmittel angeboten werden, sind zu verbieten, um den Kettenhandel zu unterbinden. Der Zwischenhandel auf diesem Gebiete muß beseitigt werden, dann werden Vorkommnisse vermieden, wie sie sich z. B. in Leipzig abgespielt haben.

General v. Owen bestreitet, daß die Heeresverwaltung zu große Vorräte aufgestapelt habe.

Abg. Böhm (Nat.) fordert die Beschlagnahme der in den Ingeraten angebotenen Lebensmittel; dann verschwinden diese Ingerate ganz von selbst. Der Regierung ist der Vorwurf zu machen, daß sie nicht genügend aufflarend wirkt.

Unterstaatssekretär v. Stein hält das für wenig erfolgreich; es sei aber bereits eine Presse-Abteilung für das neue Kriegsernährungsamt vorgezogen, der die Aufklärung übertragen werden soll. Die Absicht besteht nicht, den bayerischen Brauereien einen Teil der Gerste wegzunehmen. Die Unterbindung des Angebots von Nahrungsmitteln durch Ingerate wird erwogen. Die Erhöhung der Haferpreise hat den Erfolg gehabt, daß sofort mehr Hafer angeliefert wurde.

Abg. Krüger (Konj.) würde es für besser gehalten haben, wenn man für alle Getreidearten gleichmäßige Preise festgesetzt hätte, sonst besteht stets der Anreiz, den Teil des Getreides, der einen niedrigeren Preis hat, zu veräußern. Die geforderte Nachzahlung für Hafer ist nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Das Auchenbadverbot war ein Fehler, denn der Auchen ist im übrigen das wichtigste Lebensmittel, damit erspart man Brot und Butter.

Abg. Dr. Bärwinkel (Nat.) unterstützt diese Ansicht, da der Genuß des gewöhnlichen Auchens wirklich eine Ersparnis an Butter bedeutet. Die stärkere Ausmahlung von Getreide führt nicht zum Ziel, weil es an Butter zum Ausfrischen fehlt. Möglich ist es vielleicht, noch Gerstenvorräte heranzuziehen, wenn der Kommunalverband sie selbst zu Graupen verarbeiten lassen darf. Die Kommunalverbände können diese Produkte viel billiger abgeben, als wenn sie von der Reichsgetreidestelle bezogen werden müssen.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt, daß die Reichsfinanzverwaltung die größten Bedenken habe gegen eine Nachzahlung für Hafer. Wollte man den Hafer haben, dann müßte man entweder den Gerdarm hinschicken oder 60 Mark mehr zahlen. Man habe den Leckeren Weg gewählt.

In der weiteren Debatte forderte Hoff (Wpt.) nachmalige Aufklärung über den Verbleib des fehlenden Getreides.

Unterstaatssekretär v. Stein gibt endlich die geforderte Auskunft. Am 16. November 1915 hätten vorhanden sein sollen 7 590 000 Tonnen, vorhanden waren 7 096 000 Tonnen. Das Manko entfällt auf Hinterkorn. Daß einige Millionen Tonnen Getreide verschwunden sind, ist nicht richtig. Sonstige Differenzen sind auf eine ungenaue Entschädigung zurückzuführen.

Abg. Dr. Koelide (S. d. L.) nimmt die Agrarier in Schutz. Die Nachzahlung für Hafer muß erfolgen, wenn die Landwirte nicht unzufrieden werden sollen.

Ein Vertreter der Zentral-Einkaufsgesellschaft gibt dann Auskunft über die Einfuhr aus Rumänien. Mit Österreich-Ungarn ist ein Einfuhr-Kartell geschlossen worden, um die Einfuhr einheitlich zu gestalten. Die weiteren Ausführungen des Redners waren vertraulich.

Präsident Kauck legt dar, daß der Bestand an Hülsenfrüchten nicht genügend ist; es fehlt die große Einfuhr aus Rußland. Die Vorräte wurden deshalb in Höhe von 30 000 Tonnen beschlagnahmt; eine erhebliche Vermehrung wurde noch durch die Einfuhr aus Rumänien erzielt. Die Vorräte gehen dann zur Verteilung an die Landeszentralen. In diesen Tagen gelangen wieder 10—12 000 Tonnen zur Verteilung. Reis ist ebenfalls nicht genügend vorhanden, doch war es möglich, die Vorräte noch etwas zu ergänzen; auf weitere Zufuhr ist kaum zu rechnen.

Abg. Ebert (Soz.) bittet, bei Verteilung von Reis und Hülsenfrüchten die Rationierung anzuordnen und dafür zu sorgen, daß diese Produkte vorzugsweise der arbeitenden Bevölkerung zufließen.

Präsident Kauck sagt dies zu. Die Kommission wandte sich nun der Beratung der Kartoffelfrage zu, mit der auch gleich die Branntweinfrage verbunden wird.

Ein Vertreter der Reichskartoffelstelle berichtet, daß nach der Bestandaufnahme vom 26. April 1 22 Millionen Zentner Kartoffeln zur Verfügung standen. Man darf noch mit einer Zunahme von 10—12 Prozent rechnen. Dazu kommen dann im Juli die Frühkartoffeln. Bis in den August hinein ist der Bedarf gedeckt.

Abg. Ebert (Soz.): Die ungenügende Kartoffelversorgung hat große Erbitterung hervorgerufen. Leider hat man nicht dafür gesorgt, daß genügende Mengen auf den Markt gekommen sind. Die Regierung hat dieselbe Preispolitik getrieben wie beim Hafer. Sie hat trotz aller Versprechungen die Preise erhöht und damit eine Liebesgabe an diejenigen Landwirte gegeben, die ihre Kartoffeln zurückgehalten hatten. Die Verteilungsorganisation hat völlig verjagt; sie funktioniert auch heute noch nicht, wie das Beispiel der Städte Hagen und Barmen zeigt, denen man angeliche Saatkartoffeln angeboten hat, für die bekanntlich keine Höchstpreise bestehen. Der Kartoffelbestand scheint ausreichend, es muß aber dafür gesorgt werden, daß die Kartoffelration erhöht und das Verfüßern der Kartoffeln unterbunden wird. Die Verwendung von Kartoffeln zur Herstellung von Trinkbranntwein muß strikte verboten werden.

Ein Geheimrat antwortet, daß in den Bezirken mit schwer arbeitender Bevölkerung eine Ration von anderthalb Pfund Kartoffeln pro Tag zugelassen werden soll. Eine völlige Aufhebung der Ration kann nicht in Aussicht gestellt werden.

In der Debatte wurde scharfe Kritik an der ganzen Art geübt, wie die Regierung die Kartoffelversorgung geregelt hat. Von einer Seite wurde auch darauf hingewiesen, daß die Spirituszentrale die Gelegenheit benutzte, durch langfristige Verträge mit den Abnehmern ihre Konkurrenten auszuschlachten.

Unterstaatssekretär v. Stein teilt mit, daß seit 1. März Trinkbranntwein nicht mehr versteuert wird, also auch nicht in den Verkehr kommen könne.

Die Beratungen wurden am Freitag fortgesetzt.

Das Reichsvereinsgesetz.

Die Vereinsgesetz-Kommission des Reichstages beendete am Donnerstag ihre Arbeiten. Der polnische Abg. Senda begründete den Antrag auf Aufhebung des Sprachenparagrafen: Während des Krieges sei von einer preußischen Behörde eine Verjammung, in der in polnischer Sprache ein Vortrag über Dante gehalten worden sollte, verboten worden. Auch ein Vortrag über die Bekämpfung der Cholera sei nicht zugelassen worden, weil der Redner polnisch sprechen wollte. Mehrere Frauen, die an einem auf der Landstraße stehenden Kreuz in polnischer Sprache laut für ihre im Felde stehenden Männer gebetet hätten, seien von einem hinzukommenden Gendarm auf Grund des Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes fortgewiesen worden. Die von der Regierung vorgelegte Novelle werden den polnischen Gewerkschaften keinen Nutzen bringen, denn diese erkläre man schon deshalb für politisch, weil sie aus Polen beständen und in ihren Versammlungen polnisch sprächen.

Ministerialdirektor Lewald erklärt, die von Senda vorgebrachten Fälle über die Anwendung des Sprachenparagrafen hätten ihn „hastigt“. Der Vortrag über Dante habe schon deshalb nicht verhindert werden dürfen, weil wissenschaftliche Vorträge nicht unter das Vereinsgesetz fielen. Habe ein Gendarm sich nicht abhalten lassen, gegen betende Frauen so, wie berichtet wurde, vorzugehen, so mißbillige er dies. Ein Berufsverein dürfe nicht deshalb für politisch erklärt werden, weil er aus Polen bestehe, die sich in den Versammlungen der polnischen Sprache bedienen. Zu der Frage der Ueberleitung von dem bisherigen zu dem neuen gesetzlichen Zustande bemerkte der Redner: Wenn die von der Regierung vorgelegte Novelle zum Vereinsgesetz verabschiedet sei, würden die früher für politisch erklärten Gewerkschaften berechtigt sein, zu verlangen, daß die sie zu politischen Vereinen stempelnden Verfügungen aufgehoben würden, und daß die zuständigen Behörden abwarten, ob die Gewerkschaften sich in Zukunft rein politisch betätigen würden.

Dr. Dertel deutete an, daß der preussische Kultusminister im Staatsministerium gegen die Regierungsvorlage gestimmt habe. (Woher mag Herr Dertel seine Wissenschaft haben, da doch für die Beamten des Kultusministeriums die Verpfändung der Amterschwiegerei ebenfalls besteht?) Er rief wiederholt den Gegnern des Sprachenparagrafen, dessen Aufhebung zu beschließen, und verriet, daß er über die Aufhebung des Sprachenparagrafen viel eher mit sich reden lasse als über den Inhalt der vorliegenden Novelle. Uebrigens habe auch Herr v. Seydewitz erklärt, daß die Wünsche der Polen bei der Neuorientierung wohlwollend geprüft werden sollen.

Der Werwolf.

Roman von Wilhelm Alexis (W. Häring).

78. Fortsetzung.

„Gnädigste Frau, wer ertrug darum so viel Prüfungen und Trübsale als Ihr!“

„Und dennoch, frage ich mich, liebe Bredow, ob ich nicht auf neue Füßchen, weil ich es mir heimlich tue? War es nun nicht gerade meine Pflicht, offen vor aller Welt zu bekennen, komme was da will?“

„Ihr habt es ja gewollt; und es ist nur auf den ausdrücklichen Wunsch seiner Majestät, Dero königlichen Bruders, daß Ihr kein öffentliches Vergehen durch die heilige Handlung gehen wollt. Und König Christian ist wieder aufrichtig zum protestantischen Glauben zurückgekehrt.“

„Aufrichtig!“ seufzte die Fürstin. „Das Unglück mag seine Seele erweicht haben. Aber denkt er nicht noch immer daran, daß mein Gemahl andern Sinnes werden und ihn unterstützen könne, seine irdische Krone wieder zu erobern. Das ist der Grund; er will's nicht mit ihm ganz verderben. Ach diese irdische Krone glänzt noch wie ein Jäckchen in seinen Augen.“

„Aber er pflegt mit Eurem Ohm, dem frommen Johann von Sachsen, darüber Rücksprache. Beide, und auch der Doktor Lufker wurden endlich einig, daß es so am besten sei.“

„Der Mann Gottes hat es gebilligt; das ist mein Trost, das mein Vertrauen! — Wie spät ist es?“

„Der Nachtwächter hat schon die zehnte Stunde abgesehen.“

„So naht meine heiligste. — Ach, daß er auf der Schloßwache unter den rohen Kriegsknechten seine Zeit verbringen muß!“

„Er ist dort am sichersten. Sorgt nicht, gnädigste Frau, wir haben uns vorgelesen. Hans von Dolzig ordnet und überwacht alles; er kann nirgends, nicht auf der Treppe, nicht auf den Gängen, wenn begegnen, der ihn verriet. Es ist angeordnet, daß mein Mann ihn laut rufen läßt, und zugleich befehlen, daß er sein Pferd füttele, um sofort eine Sendung auszubringen. Für die Wächter an der Mauer hat er einen Päckchen. Und hier kann niemand lauschen und horchen; alle Türen sind abgeschlossen bis auf die nach der Kinderkammer.“

„Was war das? — Er kommt!“

Sie horchten mit angehaltenem Atem. Ein Reiter war im Hof vom Hof gesprungen und seine schweren Stiefeln martretet auf der steinernen Treppe; aber andere laute Stimmen begleiteten ihn, sie kamen den Gang herauf und gingen an der Tür vorüber.

Eva war, den Finger an den Mund, zur kleinen Tür auf den Boden hinausgeschlichen und brachte die Nachricht zurück, daß es

nur ein Bote aus dem Reiche sei, mit wichtiger Meldung an den Kurfürsten; um so sicherer könne man nun sein, daß Antunft und Weggehen des Boten, welchen Elisabeth erwartete, zu keinem Argwohn gehen werde.

Ein kurzer pfeifender Ton ließ sich jetzt draußen hören; es mußte ein Zeichen sein, weil beide Frauen sich zwinkten; bald darauf hörte man feste männliche Tritte und das Klirren einer Degenklinge auf den Fliesen des Ganges. Je näher sie kamen, so danger schien die Kurfürstin zu werden. Sie stand am Tische, mit der einen Hand darauf gestützt, ein leises Zittern schüttelte sie, und ihr Gesicht ward unter den langen Kammflügel blaß und rot, wie vielleicht die Scländerin im letzten Augenblick vor dem ersten Schritt. Die Verführung hat schon lange ihre Neze um sie enger und enger geschlungen, die Gedankensünde ist vollbracht, und mit jähem Herzschnupfen ist sie in die laue geheimnisvolle Nacht geeilt, aber noch einmal vor dem letzten Augenblick, vor dem Kaufman des Buches, vor dem Aufklappen einer Tür, vor dem ersten Händedruck hebt sie zurück. Was Witz und heißes Blut längst verteidigt und gerechtfertigt, erscheint in dem Augenblick wieder als Sünde; es riecht ihr durch die Aehren, sie möchte zurück, fliehen, und hebt und kann nicht fort. War es denn nicht Sünde der Gattin gegen den Gatten, der Untertanin gegen den Fürsten, der Mutter gegen das Schicksal ihrer Kinder? War es denn nicht Begierde und Verlangen nach dem verbotenen Genuß? Konnte sie sich nur entschuldigen damit, daß sie dem Volke ein Beispiel geben, daß sie es aufmuntern wolle zur Nachfolge, da sie ja nur wie der Vieh in der Nacht heimlich, zur eigenen Befriedigung an den Tisch des Herrn, sich mit betrügerischen Veranstellungen? Konnte sie sich das mit der Würde, der Heiligkeit der Handlung? Konnte sie jetzt dem Kurfürsten, oder irgend wem, noch strafend ins Auge sehen mit dem Stolz gekränkter Unschuld?

„Ach Gott, Bredow, ich wünschte, er wäre es noch nicht.“

Schließ die Tür zu, rufe deinen Mann. Ich will mich bestimmen.“

„Es war zu spät. Die Tür zur Nebenkammer ward geöffnet.“

„Nachtmeister! Seht Euer Post in die Kammer hier“, rief eine Stimme. „Wenn Ihr Beiseid habt, mögt Ihr es wieder abholen.“

Laute Fußtritte hallten weiter durch die Gänge, ein anderer Fußtritt näherte sich der Tür zum fürstlichen Gemache. Eva öffnete und herein trat, während die Kurfürstin noch einmal tiefste Bewegung und ihre Angst vor dem Kreuzfuß auf dem Betpult ausschüttelte, ein Mann im Kleide der Kriegsknechte zu Hof; im Lederteller, ledernen, knapp anschließenden Hosen, hohen Stiefeln. Ein Eisenband hing um seinen Leib und eine Stahlhand beheldete sein Haupt, unter deren Schirm ein festes, männliches Gesicht mit prächtigen Augen zum Vorschein kam. Der Nachtmeister trug einen Kasten unterm Arm, der er keinen Stand nahm, sofort an, den kostbaren Leppich des Thrones, der in

der Mitte des Zimmers stand, zu setzen. Dann aber trat er halb an die Tür zurück und blieb in ehrerbietiger Stellung stehen.

„Die Kurfürstin ist sehr bewegt“, flüsterie die Edelfrau ihm zu.

„Sprecht, ich bitte Euch, mit sanfter Stimme.“

„Sie wird stark werden“, entgegnete der Reiter mit einem Blick auf den Kasten.

Elisabeth hatte sich umgewandt und schritt wieder mit fürstlicher Haltung dem Fremden entgegen.

„Ihr seid an mich gesandt?“

„Ich bin's.“

„Eure Beglaubigung?“

Der Nachtmeister reichte ihr einen Papierstreifen mit Zeichen.

„Es ist genug“, sprach sie, nachdem sie einen Blick darauf geworfen. „Von meinem Bruder Christian. Gott nahm ihm viel, und er sendet mir doch viel. Euer Name?“

Buchholzer, aus Pommeren, der Gottesgelahrtheit Besessener, Prediger, Doktor, Baccalaureus.“

„Und im Rod eines Kriegsmannes! Gültiger Gott!“

„Das ist das Kleid, was jetzt sich für uns schickt. Wir sind Krieger im Dienste des Herrn; allzeit müssen wir gewappnet gehen, denn es wird Krieg geben, weil ohne Krieg keine Wahrheit.“

„Müß es denn so sein?“

„Es muß. In diesem Kleid sah unser Feldherr Martin auf der Wartburg.“

Die Kurfürstin, der man bis da trotz der entzweifelnden Sprache eine Angeltlichkeit vor der rauhen Hülle des Gesandten angemerkt, betrachtete ihn jetzt mit andern Blicken.

„In dem Kleid schrie er an der heiligen Ueberzeugung!“

rief sie, und schien das Wams jetzt mit einer freudigen Keugler zu mustern, vielleicht ob sie Spuren der Arbeit daran gewahrte.

„Wem er dies Kleid anvertraut“, sprach sie mit einer Bewunderung, „ich meine, wen er eines solchen Auftrags würdigt, den muß er hoch halten.“

„Ich sah lange Jahre zu seinen Füßen.“

„Was macht der fromme Mann? Ich höre alles, das Alexander, gern von ihm. So sparame, oft so falsche Nachrichten kommen uns über ihn zu. Sein Bild kenne ich. Gleich es ihm? Erzählt mir von ihm, kräftigt mich zu dem hochheiligen Gesichte. Er hat viel Ansehungen in letzter Zeit?“

„Vom Satan, ja.“

„Er weiß auch den Satan zu überwinden.“

„Neulich warf er ihm das Lintendag an den Kopf.“

„Man spricht auch von andern Ansehungen. Es betrübt ihn manches in dieser Welt. Den aufrührerischen Bauern —“

„Wird er den Kopf waschen.“

(Fortsetzung folgt.)

Auf wiederholte Anfragen, ob die Novelle auch auf Vereine von Staatsangehörigen und auf Beamten-Vereine sich beziehe, erklärte Ministerdirektor Dr. Lemaib, daß Vereine von Arbeitnehmern, die im Dienst des Staates ständen, ganz gleich welcher Art ihre Tätigkeit sei, unter das Gesetz fielen; daß dagegen Beamten-Vereine nicht zu den im § 17 a des Gesetzes genannten Vereinen gehörten, da sie nicht die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckten. Uebrigens habe die Novelle für diese Vereine keine Bedeutung. Das Vereinsgesetz habe für politische Vereine, wenn man davon absähe, daß sie ihre Sitzungen und das Verzeichnis ihrer Vorstandsmitglieder der Polizeibehörde überreichen müßten, nur die eine Fessel, daß sie Mitglieder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hätten, nicht aufnehmen dürfen. Diese Beschränkung komme aber für Beamtenvereine nicht in Betracht, da es so junge Beamte nicht gebe.

Da Dr. Lemaib wiederholt mit Nachdruck erklärte, daß die verbündeten Regierungen den Gesetzentwurf nicht annehmen würden, wenn der Reichstag durch Aufhebung des Sprachenparagrafen oder in anderer Weise ihn erweiterte, beantragten die Zentrumsmittglieder der Kommission, in einem besonderen Gesetzentwurf die Aufhebung des Sprachenparagrafen zu beschließen. Zur Begründung dieses Antrages führte Abg. Gröber aus, es solle dem Bundesrat die Stellungnahme zur Frage des Sprachenparagrafen zur Pflicht gemacht werden. Dieser Paragraf müsse während des Krieges beseitigt werden. Abg. Strzoda habe auf Veranlassung des Landrats seines Heimatortes vor polnischen Bauern Vorträge über die Volksernährung, Kartoffel- und Getreidebau gehalten. Selbstverständlich habe er sich dabei der polnischen Sprache bedient. Als der Landrat hiervon erfuhr, habe er Strzoda untersagt, weitere Vorträge zu halten. Solcher Wut und Unrat, wie er auf diesem Gebiete in Deutschland zu finden sei, müsse fortgesetzt werden. Der neue Staatssekretär solle sich zur Reinigung des Augustales eines eisernten Besens bedienen.

Abg. Dr. v. Laszewski (Polen) teilte im Anschluß hieran mit, daß dem Reichstagsabgeordneten Kloss ein Vortrag, den er in Polen über den Vortritt in polnischer Sprache gehalten hätte, verboten worden sei. Drei Tage nach dem Tage, an dem der Vortrag hätte stattfinden sollen, sei ihm vom Minister des Innern, an den er sich mit einer Beschwerde gewandt hatte, mitgeteilt worden, daß das Verbot unbegründet gewesen sei. Dr. v. Laszewski habe dann seinen Vortrag in Gnesen halten wollen, und dort sei er abermals verboten worden. Im Hygienischen Verein für Mütter in Polen habe ein polnischer Arzt einen Vortrag über ansteckende Krankheiten nicht in polnischer Sprache halten dürfen.

Genosse Legien trat für den Antrag Gröber ein. Die von der Regierung vorgelegte Novelle habe gewiß keine große Bedeutung, aber da sie eine Besserung des bestehenden Zustandes bringe, könne nicht bemerkt werden.

Abg. Hise (Ztr.) führte aus, daß die Novelle eine lästige Praxis beseitigen wolle und deshalb politische Bedeutung habe. Der Gesetzentwurf zeige Verzerrungen zu den Gewerkschaften, und dieses sei berechtigt. Denn bei den ersten, in den Gewerkschaften aller Richtungen organisierten Männern sei die Jugend besser aufgehoben als auf der Straße oder in der Kneipe. Die Novelle werde die Gewerkschaften aus dem Lande abhalten, rein politische Fragen zu verhandeln, da die Folge einer Uebergründung der ihnen gezogenen Grenzen der Verlust der Jugendlichen sein würde.

In der Abstimmung wurde zunächst der konservative Antrag, der auf unbedingte Fortdauer der Jugend von den Gewerkschaften abhinge, gegen 4 Stimmen der Konservativen und der Zentrumsmittglieder u. Fraktionen und Kohnmann abgelehnt. Ferner wurde der Antrag der Polen, der die Regierungsvorlage die Bestimmung hinzuzufügen, daß die Vorschriften des Vereinsgesetzes über politische Vereine nicht aus dem Grunde auf Gewerkschaften angewandt werden dürfen, weil diese aus Reichsangehörigen und ausländischer Nationalität beständen, mit allen gegen die zwei Stimmen der Antragsteller abgelehnt. — Mit dem gleichen Stimmentausch erfolgte die Ablehnung des polnischen Antrages, zu bestimmen, daß auf Gewerkschaftsversammlungen der Sprachenparagraf keine Anwendung finden dürfe. — Die Anträge der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft, der Regierungsvorlage eine andere Fassung zu geben, und ferner die Aufhebung des Sprachenparagrafen, des Jugendparagrafen und der Bestimmungen der Zentralerwerbungs- und Dienststellenbestimmungen des Vereinsgesetzes in die Novelle einzufügen, wurden mit allen Stimmen gegen diejenigen der Antragsteller und der Polen abgelehnt. — Für den Antrag auf Aufhebung des Sprachenparagrafen stimmte auch Frau v. Brandenstein.

Angenommen wurde der Antrag, den Sprachenparagraf in einem besonderen Gesetzentwurf aufzuheben, mit allen gegen 6 Stimmen (Konservative, Nationaldemokraten, Deutsche Fraktion), und ferner die Regierungsvorlage mit allen gegen 8 Stimmen (Konservative, Polen, Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft und die Zentrumsmittglieder u. Fraktionen und Kohnmann).

Von den von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Resolutionen wurde diejenige, die gegen die Zulassung landesrechtlicher Eingriffe auf dem Gebiete des Arbeitsrechts erkläre, mit allen gegen 11 Stimmen (Sozialdemokraten und Polen), diejenige, die die Beseitigung des Jugendparagrafen fordere, mit 15 gegen 11 Stimmen (Sozialdemokraten, Polen und dem Reichstagsklub Sozialisten) abgelehnt. Die anderen sozialdemokratischen beantragten Resolutionen wurden angenommen: diejenige, die die Beseitigung der gegen die Landarbeiter und das Gebilde bestehenden Beschränkungen fordere, mit 14 sozialdemokratischen, polnischen und konservativen Stimmen gegen 12 Stimmen der anderen Parteien; die Resolution, welche eine andere Bestimmung des Begriffs des politischen Vereins fordere, mit 15 sozialdemokratischen, polnischen und konservativen gegen 11 Stimmen der anderen Parteien.

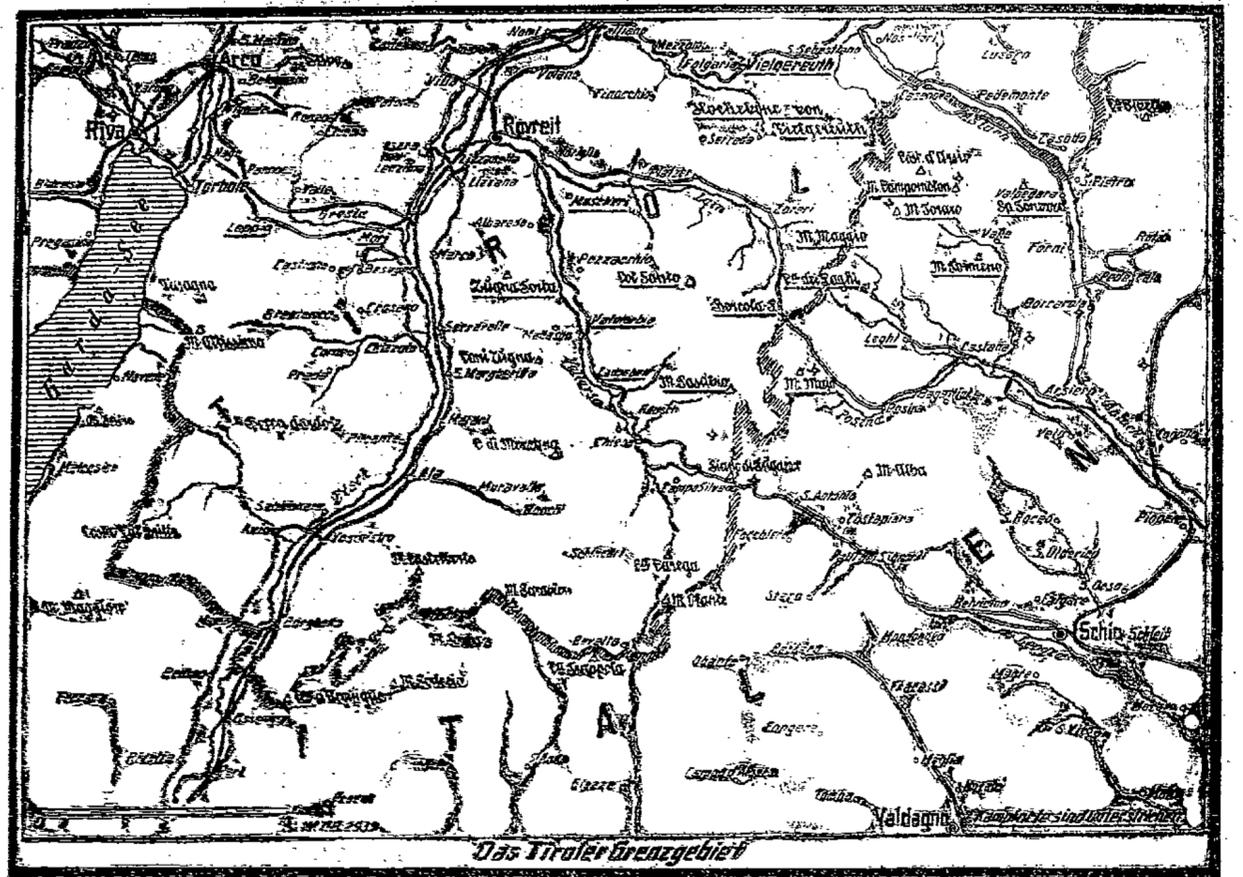
Die parlamentarische Resolution auf Fortdauer des Sprachenparagrafen wurde mit allen gegen 4 Stimmen der Konservativen und der Deutschen Fraktion, die gleichfalls von der Reichstagsklub Sozialisten eingebracht war, mit 20 gegen 6 Stimmen (Konservative, Deutsche Fraktion und der Reichstagsklub Sozialisten) angenommen.

Die Kommission hat heute in die zweite Sitzung des Ausschusses sich und insbesondere die nachstehend wiedergegebenen Beschlüsse.

Der Zentral-Einfangsgeellschaft

werden in der „Reichszeit“ höhere Bewerte gemacht. Es wird ihr nachgesagt, daß sie sich bei dem Gerendebestimmten im Kommissariat bei der Festsetzung des unzulässigen Antrages habe gehandelt, über die ihnen laien. Der Satz sei ein viel zu hoher, die englischen Gerendebestimmungen hätten einen um 20 % niedrigeren Satz erlangt mit dadurch für 25 Millionen weniger. Außerdem werden den Beamten der Zentral-Einfangsgeellschaft die für ihre Tätigkeit notwendigen Beschlüsse abgeprochen.

An — so lautet die „Reichszeit“ — ein Beispiel zu geben, wie es mit den Gerendebestimmungen und Festsetzungen der Zentral-Einfangsgeellschaft in diese folgenden: Beschlüsse sind im Juli 1913 erlassen worden, die bis dahin alle unzulässig waren und nicht mehr anwendbar. Am 1. Juli 1914 hat die Zentral-Einfangsgeellschaft einen neuen Satz erlassen, als Ende 1914! Dr. Reichzeit, der die Beschlüsse der Zentral-Einfangsgeellschaft den Beamten der Zentral-Einfangsgeellschaft, die von ihnen die Beamten von einem Satz, in ein paar Monaten haben wir doch den neuen unzulässigen Satz, was sollen wir denn über alle diese Beschlüsse? In der „Reichszeit“ 2. Semester, die haben wir...



(meine Freunde) fielen, wie man so sagt, bei dieser Erklärung vom Stengel.

Ich bin imstande, frische bulgarische Eier mit 168 Lewas, 7/4 % pro Rille von 1440 Eiern, ab Orfona (Ungarn), also rund 130 Mark franco Berlin zu liefern, das Stück also zu ungefähr 9 Pfg. Und zwar mehrere hundert Waggons; ferner jedes Quantum doppelt raffiniertes Schweinefett, zu 5,7 Lewas das Kilo, auch franco Orfona, d. h. 2,25 Mark franco Berlin — aber die Z.-E.-G. erlaubt die Einfuhr nicht, obwohl sie selbst nicht imstande ist, genügende Mengen in diesen beiden Artikeln zu liefern. Man muß doch direkt annehmen, daß die Z.-E.-G. entweder enorme Profite auf Kosten der Allgemeinheit einstecken will, oder sie hat selbst so teuer eingekauft, daß sie vermeiden will, ein Duffler bringe die Waren billiger hinein und stelle so die famose Organisation klug!

Es ist dringend erforderlich, daß die Z.-E.-G. sich zu diesen kaum glaublichen Behauptungen äußert!

Gewerkschaftsbewegung.

Zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Zentralverband der Konsumvereine ist eine „Arbeitsgemeinschaft zur Fürtage für Kriegsteilnehmer aus den gewerkschaftlichen Betrieben“ vereinbart worden, die bezweckt, den Kriegsteilnehmern nach der Rückkehr die Wiedererhaltung in den Gewerkschaftsbetrieb zu ermöglichen. Alle Kriegsteilnehmer, die bei Ausbruch des Krieges in einer dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörender Gewerkschaft als feste Arbeiter oder Angestellte beschäftigt waren, sollen wieder eingestellt werden, wenn sie sich zwei Wochen nach Entlassung aus dem Heeresdienst melden, vorausgesetzt, daß die Verhältnisse es gestatten. Anderen Besonderen, die schon vor dem Kriege beschäftigt waren, darf deshalb nicht gekündigt werden. Weiter sind dann Bestimmungen über die Art der Beschäftigung und die Lohnfrage getroffen. Im Krieg verlegte Arbeiter werden bei der Einstellung bevorzugt. Für vollwertige Leistung wird voller Lohn ohne Anrechnung der Militärdienste gezahlt. Bei Differenzen entscheidet als letzte Instanz das vom Zentralverband und der Generalkommission ernannte händige Komitee. Den Kriegsverlegten, die in andere Betriebe übergehen und sich dafür besonders ausbilden müssen, will man dabei schützlich sein. Der Gewerkschaftsbetrieb wird sich mit allen diesen Fragen auch zu beschäftigen haben. Er findet Mitte Juni in Hannover statt.

Soziales.

Eine Arbeitslosenunterstützung der Textilarbeiter ist nach langen Verhandlungen des Gewerkschaftsrates und des Textilarbeiterverbandes in Kassel eingeführt worden. Für jede ausfallende Lohnkategorie erhalten verheiratete Arbeiter 30 Pfg., unverheiratete Arbeiterinnen 25 Pfg., unverheiratete Arbeiter über 21 Jahren 25 Pfg., unverheiratete Arbeiterinnen über 21 Jahren 20 Pfg., Arbeiterinnen von 16—21 Jahren 15 Pfg. und solche unter 16 Jahren 10 Pfg. Lohnvergütung. Die Arbeitslosenunterstützung wurden bei dieser Gelegenheit erhöht und zwar für Ledige von 10 Pfg. auf 1 Mk., für Verheiratete von 1 Mk. auf 1 1/2 Mk., für jedes Kind bis zu vier Kindern von 15 Pfg. auf 20 Pfg. pro Kind und Tag. Wer aber Arbeitslosenunterstützung erhalten will, muß seit dem 1. August 1913 in Kassel wohnen.

Aus Nah und Fern.

Glückliches Königsberg! In der Königsberger Stadtverordnetenversammlung bekannte Oberbürgermeister Boettke, daß Königsberg unter allen Städten des Reiches hinsichtlich der Versorgung mit Versorgungsmitteln, namentlich mit Fleisch, am besten darrige.

Der Kaiser-Bäcker. Einem Bäckermeister von nicht weniger als 600 u. S. hat das Kriegsjahr 1913 den „Vereinigten Kommunalen Meierern“ gebracht, das in Form einer Aktiengesellschaft in Berlin ihren Sitz haben. Zwei Drittel des Kapitals werden allerdings für Anleihen und Ausbesserungen verwendet. Während werden 127 1/2 Mark für Anleihen verwendet, und die Aktionäre haben sich mit einem Reingewinn von 21 7/8 Mark — 10 u. S. des Krankenhauses von 101 1/2 Mark zu begnügen.

Verkehrsbetrieb. In Gießen (H.) fand eine Dankagung nach verstorbenen Kapitan-Bruder statt, die, wie die „Reichszeit“ berichtet, ein reiches Ergebnis aufwies. Man hat den Generaldirektor wieder über fünf Zentner Weizen, 5 Zentner Kartoffeln, 5 Zentner Roggen und ein großes Quantum an Speck und Kampffisch geschenkt. Ein Punkt aus der Dankagung hatte seine Würde fast vor der Dankagung im Falle verfehlt. Auch diese Beschlüsse wurden beschlagwortet, nachdem sich aber erst einige unbedeutende Dinge verhandelt worden geschickter gehalten. Ein anderer Punkt führte während der Dankagung fast gegen den Zweck auf einen Regen herab, was ihm natürlich auch nicht half.

Der Eisenbahn. Die „Reichszeit“ ein in der Eisenbahn der Stadt, darüber aber einen Zusammenhang. Der Kaiser...

wohnt, war mit zehn Ferkel auf dem Wege zum Delber Markt, als er von einem Händler angehalten wurde, der ihm die Ferkel zum Preise von 50 Mark das Stück abkaufte. In gut einer Stunde veräußerte der Schweinehändler das Stück wieder zu 72 Mark. Er hatte 220 Mark „verdient“. — Das nennt man ein Geschäft! Immerhin ist hierbei zu bedenken, daß in der Darstellung hoher Geschäftsgewinne der Händler durch die von den Landwirten beeinflusste Presse System liegt. Die Landwirte möchten am liebsten auch den Händlergewinn noch ganz schließen und es ist meistens nur Ubergunft. Jeder „nimmt“, was er „kriegen“ kann, es ist eben Kriegszeit, und da sorgen viele, daß sie was „mitkriegen“, wenn wir's uns nur gefallen lassen. — Vor einiger Zeit hatte der Bürgermeister einer Gemeinde des Amtsbezirks Forstheim ein gemästetes Schwein zu verkaufen, für das er nach den Höchstpreissetzungen etwa 320 Mark verlangen durfte. Der Bürgermeister und Bauer hat das schlachtreife Schwein nicht abgegeben. Er erklärte, er verkaufe sein Schwein an einen Landwirt weiter, der solle es noch mehr füttern, und wenn er dann zum Höchstpreis verkaufen will, könne er das tun. Der Preis für das Schwein beträgt 600 Mark, anders gibt er es nicht her. Unser Karlsruher Bruderblatt schreibt hierzu: Wir fragen, welche Schritte hat das großherzogl. Bezirksamt Forstheim gegen den wucherischen Halunter unternommen? Wenn Bürgermeister sich an die Spitze der betrügerischen Wucherippe stellen dürfen und ihr hochverräterisches Treiben ungehindert bleibt, wie kann da die Bevölkerung noch Vertrauen zu den Behörden haben? Vom großherzogl. Ministerium des Innern erwarten wir bestimmt, daß der Bauer und Bürgermeister gefaßt wird und die ganze Strenge des Gesetzes fühlen muß.

Der Rekord des Völkchaffes. In der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ wendet sich der Medizinalrat Dr. W. Juchs gegen die Flaumhaare und sagt dann wörtlich:

„Nun wird niemand mehr der logischen Folgerung ausweichen können, daß der Friede eine Katastrophe wäre, daß die einzige Möglichkeit der Krieg bleibt. Der Krieg, bisher Reaktion auf Reiz, Ehrerläche, Mittel zum Zweck, nun jetzt ab wird er Selbstzweck! Die ganze Nation wird wie ein Mann den ewigen Krieg fordern.“

Die ganze Nation — das ist in diesem Sinne wohl nur der seltsame Verfasser. Wie kann eine angelehene ärztliche Zeitschrift solchen „logischen Unfuh“ drucken!

Eine während des Krieges erschienene Broschüre deselben Verfassers schließt mit den Worten:

„Erziehung zum Haß! Erziehung zur Hochachtung des Hasses! Erziehung zur Liebe zum Hass! Organisation des Hasses! Fort mit der unreifen Scheu, mit der falschen Scham vor Brutalität und Janatismus! Auch politisch gelte das Wort Marinettis: Mehr Backpfeifen, weniger Zügel! Wir dürfen nicht zögern, blasphemisch zu verkünden: Uns ist gegeben Glaube, Hoffnung und Haß! Aber der Haß ist der größte unter ihnen!“

Medizinalrat Dr. W. Juchs wirkt als Oberarzt an der staatlichen badischen Irrenanstalt in Emmendingen. Arme Geisteskrante!

Literarisches.

Stammbaum der Insekten. Von Wilhelm Bölsche. Mit Abbildungen nach Zeichnungen von Prof. Heinrich Harder und Kad. Delfinger. Preis geb. 1 Mk., gebd. 1,50 Mk. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle Fränkische Verlagshandlung, Wilhelm Bölsche, der bekannte Naturforscher, hat eben ein neues Bändchen im Verlag des Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle Fränkische Verlagshandlung in Stuttgart, erscheinen lassen. „Stammbaum der Insekten“ ist es betitelt. Die Fragen: „Wer war zuerst der Schmetterling oder der Käfer? Von wem gingen sie beide gemeinsam aus? Wo sah das Insekt der Urwelt ein? Kam das Insekt ursprünglich vom Wasser oder vom Lande? Wann und durch was für erdgeschichtliche Jüngungen begann das große Geheimnis seiner Metamorphose? Wer ist sein jüngerer, wer sein ältester Großvater? Sucht Wilh. Bölsche in seinem neuen Werkchen zu beantworten. Wenig ist aus den reichen Forschungsergebnissen, die sich hier im stillen gehandelt, nach in die weiteren Kreise gedrungen, und zum erstenmal wird von Wilhelm Bölsche versucht, das neu gewonnene Bild allgemein verständlich zusammenzufassen. In erster Zeit verkennt der Blick sich gern in diese Wälder der Natur, wo die große, heilige Geheimnishaftigkeit ihm zum ruhenden Pol wird in der Erleuchtungen führt.

Die Glocke, sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Forum (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. München). Das eben erschienene achte Heft des zweiten Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: August Winnig: Aufgeschoben, nicht aufgehoben. Hugo Poetsch: In Emile Vandervelde! Friedr. Kreis: Lohnschutz für Heimarbeiter. J. Kaltschil: Die Kosten des Krieges. E. Dragn: Ein Brief der Gräfin Hahfeld an Reichssek. Oskar Köhler: Later Kulte. Glocken: Die arbeitenden Hirne. Kriegsliteratur. Die europäische Karikatur. Die Sommerzeit. Flüchtlinge. Die Woche. Politische Sprichwörter. Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte 20 Pfg. Vierteljahrspreis 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gemäßig in Lübeck.